

KENNZAHLEN ZUM CHEMIE-MITTELSTAND*



*Unternehmensgröße unter 500 Mitarbeitern
Quellen: Destatis, VCI; Werte für 2018

EU-CHEMIKALIENSTRATEGIE

Realitätscheck dringend notwendig

Die EU will mit ihrer EU-Chemikalienstrategie Gesundheit und Umwelt schützen und gleichzeitig die Chemieindustrie als „weltweiten Spitzenreiter“ nachhaltiger Produkte aufzustellen. Das klingt gut, missachtet aus Unternehmer-sicht Stand heute aber einen wesentlichen Aspekt: Insbesondere Mittelständler könnten damit um große Teile ihrer Portfolios gebracht werden. Um dies abzuwenden, muss die Strategie vor der regulatorischen Umsetzung einem Realitätscheck unterzogen werden.

Die EU-Kommission will einen Paradigmenwechsel in der Chemikalienregulierung: Bewährte Grundprinzipien, wie die wissenschaftliche Risikobewertung werden infrage gestellt. Es geht nur noch um die Frage, ob eine Substanz grundsätzlich gefährliche Eigenschaften hat. Fragen der Exposition, der Dosis und der sicheren Anwendung spielen in den Überlegungen der EU-Kommission keine Rolle. Dabei ist unklar, inwieweit Regeln für Endkunden-Produkte auch auf den industriellen oder gewerblichen Bereich ausgeweitet werden. Zudem führt die Chemikalienstrategie auch neue Begriffe ein wie „sichere und nachhaltige Chemikalien“, „bedenkliche Stoffe“ oder „essenzielle Verwendungen“. All das betrifft Produkte der grünen Transformation wie Additive, Hochleistungskunststoffe oder E-Batterien.

Sollte die Chemikalienstrategie unverändert umgesetzt werden, wird die Zahl nutzbarer Chemikalien in Europa deutlich zurückgehen. Absurd: Erneuerbare Energien, leistungsstarke Dämmmaterialien, alternative Kraftstoffe, Elektromobilität – sie alle brauchen verschiedenste Chemikalien. Es besteht damit auch die Gefahr, dass man sich vom Klimaschutz verabschiedet. Die gewaltige Transformation unserer gesamten Gesellschaft hin zur CO₂-Neutralität wird nur mit den Stoffen und Produkten der chemischen Industrie gelingen und nicht ohne sie.

Warum sind mittelständische Unternehmen besonders betroffen?

Der Mittelstand macht sich große Sorgen. Erstens: Aufgrund neuer Gefahrendefinitionen könnten insbesondere Ausgangschemikalien für die Produktion von Spezialanwendungen wegfallen – und zwar im Schnellverfahren ohne Risikobewertung. Da es sich dabei um eine klassische Domäne der mittelständischen Chemieindustrie handelt, würden viele Unternehmen großer Teile ihres Portfolios beraubt. Zweitens: Mittelständler haben im Vergleich zu Großunternehmen weniger Mitarbeiter zur Verfügung, um Regulierungsaufgaben zu erfüllen. Dennoch müssen sie selbstverständlich dieselben gesetzlichen Anforderungen erfüllen und investieren seit Jahren viel Kraft und Energie in die Umsetzung der europäischen Chemikalienverordnung REACH. Deshalb wären sie im besonderen Maße davon betroffen, wenn mit der Chemikalienstrategie der bürokratische Aufwand nochmals erheblich steigen würde.

Was ist zu tun?

Politische Entscheider in den Bundesländern, im Bund und in Europa müssen dafür sorgen, dass die EU-Chemikalienstrategie sachgemäß umgesetzt wird. Die wichtigsten Elemente dazu sind:

- ◆ **Bedürfnisse des Mittelstandes berücksichtigen**
Die einzelnen Elemente und Anforderungen der Chemikalienstrategie müssen so ausgestaltet werden, dass sie für die mittelständischen Unternehmen in Deutschland praktikabel sind und ohne zusätzliche Ressourcen und Kosten umgesetzt werden können. Ob die Bedürfnisse ausreichend berücksichtigt sind, muss in den Folgeabschätzungen geprüft und die Praktikabilität ggf. in Pilotprojekten erprobt werden.
- ◆ **Bestehende Gesetze nutzen**
Um Planungssicherheit zu gewährleisten, muss auf langwierige Gesetzgebungsverfahren mit ungewissem Ausgang verzichtet werden. Insbesondere müssen Vorschläge erarbeitet werden, mit dem Ziel, auf eine Revision der REACH- und der CLP-Verordnung zu verzichten.

◆ Risikobewertung erhalten

Das bewährte Konzept der wissenschaftlichen Risikobewertung muss für Entscheidungen im Chemikalienmanagement erhalten bleiben. Im Vordergrund muss die sichere Anwendung stehen. Der in der Chemikalienstrategie vorgeschlagene, primär gefahrenbasierte Ansatz muss so ausgestaltet werden, dass die Berücksichtigung von Nutzen, Risiken und sicheren Verwendungsbedingungen ermöglicht wird.

◆ Wissensbasierten Dialog gewährleisten

Die Ergebnisse des Dialogs in Form von Konsultationen und insbesondere im Rahmen des High Level Round Table müssen in transparenter nachvollziehbarer Weise berücksichtigt werden, bevor konkrete Vorschläge für Maßnahmen zur Umsetzung der Chemikalienstrategie gemacht werden.

◆ Wettbewerbsfähigkeit verbessern

In enger Zusammenarbeit mit der chemischen Industrie müssen zeitgleich zur Umsetzung der Chemikalienstrategie schlüssige Konzepte entwickelt werden, die geeignet sind, die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der mittelständischen Chemieindustrie zu verbessern.

Mittelstand ist unser Wohlstandsmotor – und muss entsprechend berücksichtigt werden

Gut 90 Prozent der heimischen Chemieunternehmen haben weniger als 500 Mitarbeiter und/oder sind Familienunternehmen. Sie sind Sinnbild des deutschen Mittelstandes, den es in dieser Breite und mit dieser Leistungsfähigkeit in keinem anderen Land gibt und international Anerkennung und Bewunderung erfährt.

Um so problematischer ist, dass in der öffentlichen Berichterstattung der Mittelstand kaum Aufmerksamkeit findet. Das wirkt sich auch auf die Wahrnehmung der Politik aus: Insbesondere bei politischen Großprojekten wie der Energiewende oder der EU-Chemikalienstrategie werden spezifische Probleme des Mittelstandes stiefmütterlich behandelt. Und Mittelstands-Klassiker wie Bürokratieabbau kommen – trotz vielfacher Versprechungen – nur unzureichend voran. Die kommende Bundesregierung muss es besser machen!

#AlleFürDieZukunft

Der Mittelstand der chemischen Industrie hat selbst das größte Interesse daran, in Sachen Nachhaltigkeit und Sicherheit immer besser zu werden. Das fordern nicht zuletzt unsere Kunden in praktisch allen Branchen. Die Frage ist aber, wie wir diese Ziele am besten erreichen.